

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 5

Artikel: Welthandels- und Entwicklungskonferenz : United Nations Conference on Trade and Development - UNCTAD ; Ausblick auf UNCTAD IV
Autor: Steckhan, Volker
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

finden. Klagen sollen darum entgegen genommen und an die richtigen Stellen weitergeleitet werden.

Der Marsch wird von allen Organisationen — kirchlichen und weltlichen — unterstützt, die sich für Abrüstung, Widerstand gegen den Krieg einsetzen, unter ihnen die Internationale der Quäker, der Internationale Versöhnungsbund, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Welthandels- und Entwicklungskonferenz

United Nations Conference on Trade and Development — UNCTAD

Vom 3.—28. Mai 1976 werden in der kenianischen Hauptstadt Nairobi Vertreter der westlichen Industriestaaten, der östlichen Hemisphäre und — zahlenmäßig am stärksten — Vertreter der Dritten Welt über Welthandels- und Entwicklungsfragen diskutieren.

Den Hintergrund für diese Konferenz stellt unbeschreibliche Armut und Elend in den Ländern der Dritten Welt dar. Zugleich aber auch das beharrliche Bestreben der entwickelten Länder, ihren Wohlstand zu erhalten. Stehen sich die Verhandelnden jedoch wirklich so konträr gegenüber, wie es bei der Betrachtung der Auseinandersetzungen in internationalen Gremien bisher den Anschein hatte?

Entwicklung durch Integration

Auf allen vergangenen UNCTAD-Konferenzen wurde gefordert: Beseitigung von Handelshindernissen und verstärkte Beteiligung der Dritten Welt am Welthandel.

Dies entspricht den liberalen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Vorstellungen der westlichen Industrieländer. Ebenso wie der in einer neuen Weltwirtschaftsordnung angestrebte Typ von internationaler Arbeitsteilung: die Verlagerung von relativ unproduktiven Industriezweigen in die Dritte Welt. Hierdurch wird die Unterentwicklung gegenüber den Industriestaaten nicht aufgehoben, sondern nur auf einem anderen Niveau verfestigt. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die historisch entstandene ungerechte «internationale Arbeitsteilung» die Grundlage der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen ist.

Dennoch stellen Vertreter der Dritten Welt Forderungen, die auf die Integration in den Weltmarkt abzielen. D.h. sie propagieren einen Entwicklungsweg, der — gemessen an den elementaren Bedürfnissen der Massen in ihren Ländern — sein Scheitern bereits erwiesen hat.

Müßte nicht eine Entwicklungsstrategie, die sich an den marginalisierten Bevölkerungsgruppen der abhängigen Welt orientiert, die For-

derung nach einem verstärkten Abschluß ihrer Märkte gegenüber dem Weltmarkt erheben? Um auf diesem Weg über einen regionalen Handel zwischen den Entwicklungsnationen eine an eigenen Interessen orientierte Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie zu ermöglichen?

Nach dieser Einschätzung der «Neuen Weltwirtschaftsordnung» wird klarer, daß wir bei der Untersuchung der Welthandelskonferenzen immer berücksichtigen müssen, welchen Interessengruppen die von Vertretern der Dritten Welt aufgestellten Forderungen nützen. Festzustellen ist, daß das Ziel eines liberalen Welthandels Vertreter der Entwicklungs- und der Industrieländer weitgehend eint: Dennoch kommt es auf internationalen Konferenzen ständig zu Auseinandersetzungen. Sie beruhen darauf, daß seitens der Industrieländer politisch bedingte Außenhandelsbarrieren aufrechterhalten werden, die dem Konzept eines freien Außenhandels — beruhend auf komparativen Vorteilen — widersprechen. Nach dieser Konzeption wäre die Weltwirtschaft so organisiert, daß jedes Land Güter und Dienstleistungen in den Weltmarkt einbringt, die es besonders günstig aufgrund von Rohstoffen, Arbeitskräften, Kapital, Technologie usw. produzieren kann. Ein liberaler Welthandel würde unter diesen Voraussetzungen vielleicht eine Einkommensverbesserung für die Entwicklungsländer bringen, aber sicher keine Entwicklung für diejenigen, die nicht am Weltwirtschaftsleben teilhaben.

Ausblick auf UNCTAD IV

Die Perspektiven für UNCTAD IV — 3. bis 28. 5. 1976 in Nairobi — ergeben sich aus den bisherigen Konferenzen sowie aus den in letzter Zeit abgegebenen Beurteilungen und Entschlüssen (z.B. Erklärung von Cocoyoc, Okt. 74, Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten / Vereinte Nationen Dezember 1974, Deklaration der Rohstoffkonferenz von Dakar / Februar 1975): die Notwendigkeit einer Neueinschätzung und Neuordnung der weltwirtschaftlichen Lage. Eine «Entwicklung der Entwicklungsländer» hat nicht stattgefunden. Die Diskrepanz zwischen unterentwickelter und entwickelter Welt hat noch zugenommen.

Die Diskussion wird daher an den Grundsätzen des Weltwirtschafts- und Währungssystems und an einer Neuregelung im Rohstoffbereich ansetzen müssen. Vorüberlegungen zur **Neuen Weltwirtschaftsordnung** und zu einem **Integrierten Rohstoffprogramm** sind bereits eingeleitet. Zu fragen ist aber, ob diesbezügliche Entscheidungen nicht bereits gefallen sind — an anderen Stellen als in den Vereinten Nationen.

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sechs wichtigsten westlichen Industriestaaten in Rambouillet hat Mitte November

1975 die Reform des Weltwährungssystems vertagt. Kürzlich hat der Zwanzigerklub im Weltwährungsfonds das System der flexiblen Wechselkurse offiziell anerkannt. Auch die im Dezember 1975 begonnene Arbeit der neuen Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit («Nord-Süd-Dialog») kann als ein Versuch gewertet werden, das bestehende Weltwirtschaftssystem und die in ihm fest verankerten internationalen Handelsbeziehungen wieder zu festigen.

An diesen Vorgängen zeigt sich abermals, daß die ökonomisch und politisch Mächtigen in der Lage sind, ihre Interessen außerhalb der internationalen Organisationen durchzusetzen und sich z. B. nicht an Beschlüsse der UNCTAD-Konferenzen zu halten brauchen, wie es sich die Vertreter der Entwicklungsländer wünschen.

Volker Steckhan

In «Unctadinfo» Nr. 1

Abstimmung über IDA-Kredite

Am 13. Juni hat der Schweizer Stimmbürger darüber zu entscheiden, ob der Bund der Weltbanktochter Ida (International development association) ein Darlehen von zweihundert Millionen Franken gewähren soll oder nicht. Dem weltoffenen, verantwortungsbewussten Stimmbürger fällt der Entscheid nicht leicht, da er einerseits zur Gewährung von Entwicklungskrediten durchaus bereit wäre, andererseits aber den Kriterien der Weltbank für die Gewährung von Entwicklungskrediten kritisch gegenüber steht.

Kritik an der Weltbank

Wir können die IDA in die Kritik an der Weltbank einbeziehen, denn sie unterscheidet sich von ihr nur darin, daß ihre Kredite an die Entwicklungsländer zu weicheren Bedingungen (niedere Zinssätze, längere Dauer) abgegeben werden. Die Kriterien zur Abgabe der Kredite sind aber genau die gleichen wie bei der Weltbank, das heißt stark an den Interessen der USA ausgerichtet. Obwohl der Direktor der Weltbank, der frühere Verteidigungsminister der USA, Mac Namara, gelegentlich seinen früheren Ueberzeugungen entgegengesetzte Äußerungen macht, dienen seine Entscheidungen oft der von den USA verfolgten Politik. Ein eindeutiges Beispiel dafür ist die Verweigerung von Krediten an Chile unter der Regierung Allende unter dem Vorwand einer zu großen Inflation; vier Monate später jedoch, bei einer um das Mehrfache gesteigerten Inflation, ist Chiles Junta für die Weltbank ein annehmbarer Partner, dem seither jedes Jahr höhere Kredite gewährt werden.